

16. Sitzung

Mittwoch, den 3. Mai 2000

Erfurt, Plenarsaal

Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt

1075

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/604 -

dazu: Entschließungsantrag der

Fraktionen CDU, SPD und PDS

- Drucksache 3/627 -

Nach Begründung des Antrags der Fraktion der SPD - Drucksache 3/604 - durch den Antragsteller erstattet Minister Köckert einen Sofortbericht zu diesem Antrag. Auf Verlangen der Fraktion der SPD findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine gemeinsame Aussprache zu dem Bericht der Landesregierung und dem vorliegenden Entschließungsantrag statt.

Anschließend wird die Erfüllung des Berichtersuchens zu dem Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 3/604 - gemäß § 106 Abs. 2 GO festgestellt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, SPD und PDS - Drucksache 3/627 - wird mit Mehrheit angenommen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Dr. Pietzsch,
Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	1075, 1076, 1079, 1081, 1083, 1084, 1087
Althaus (CDU)	1083
Gentzel (SPD)	1081
Pelke (SPD)	1075
Zimmer (PDS)	1080
Köckert, Innenminister	1076
Dr. Vogel, Ministerpräsident	1085

Die Sitzung wird um 16.34 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die 16. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 3. Mai im Jahr 2000 eröffnen. Ich begrüße sehr herzlich die Damen und Herren Abgeordneten, die Regierungsvertreter und die Gäste. Insbesondere begrüße ich zu dieser Sitzung zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens unseres Landes zur heutigen Sondersitzung, in der der Thüringer Landtag sich mit dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt befassen wird. Besonders begrüße ich den Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde, Herrn Nossen.

(Beifall im Hause)

Ich begrüße aber auch die Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, der Thüringer Wirtschaft, der politischen Stiftungen, der Vereine und Verbände und die Vertreter der Medien.

(Beifall im Hause)

Wir alle sind uns der Bedeutung der heutigen Sitzung bewusst und ich danke Ihnen allen schon jetzt für Ihre Teilnahme.

Ich darf zu Beginn noch einige Hinweise geben: Zunächst, die Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen i.V.m. § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags einberufen; die dazugehörige Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 3/605 vor.

Als Schriftführer haben neben mir Platz genommen der Herr Abgeordnete Braasch und die Frau Abgeordnete Bechthum. Frau Abgeordnete Bechthum wird die Rednerliste führen. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Abgeordnete Doht, die Abgeordnete Tasch, die Abgeordnete Dr. Klaus, der Abgeordnete Dr. Koch und der Abgeordnete Pöhler sowie die Mitglieder des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, die sich gegenwärtig in Brüssel befinden.

Ich darf noch einen Hinweis zur Tagesordnung geben: Zu dem Antrag der Fraktion der SPD "Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt" in Drucksache 3/604 wird ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der PDS in Drucksache 3/627 verteilt werden.

Damit komme ich jetzt zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts**

Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt

Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 3/604 -

dazu: Entschließungsantrag der

Fraktionen CDU, SPD und PDS

- Drucksache 3/627 -

Ich darf zunächst die antragstellende Fraktion bitten, den Antrag zu begründen.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat den Antrag auf Sondersitzung hinsichtlich des Brandanschlags auf die Synagoge in Erfurt eingebracht, weil in einer Folge rechtsradikaler Kundgebungen in Thüringen dieser Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in Erfurt ein trauriger Höhepunkt war, den wir alle als verabscheuungswürdig verurteilen. Wir wollten weiterhin eine gemeinsame Erklärung aller Demokraten hier in diesem Hause, die ein Zeichen setzen soll gegen rechte Gewalt, die deutlich machen soll, dass wir gemeinsam dafür stehen, dass Thüringen ein offenes Land ist, wo sich jeder wohl fühlt, wo jeder gerne herkommt und wo keiner Angst haben muss um Leib und Leben, weil er anderer Gesinnung ist, anderer Hautfarbe, und wo wir nicht mehr fürchten müssen um weitere Anschläge auf jüdische Synagogen. Aber wir wollten mit diesem Antrag auch einen Bericht über das, was geschehen ist und wie wir weiterhin damit umzugehen gedenken, weil nicht allein nur Zeichen notwendig sind, sondern auch künftiges Handeln in Deutlichkeit angesagt ist. Ich freue mich sehr, dass es im Vorfeld gelungen ist, dass alle Fraktionen an diesem Punkt sehr intensiv zusammengearbeitet haben und demzufolge auch ein Zeichen setzen, das in diesem Haus eine ganz besondere Größenordnung darstellt. Wir wünschen uns eine sachgerechte Diskussion sowohl des Berichts als auch des Antrags und ich möchte bei dieser Gelegenheit noch mal für meine Fraktion, aber ich denke, sicher für alle, herzlichen Dank sagen an diejenigen, die sich nach dem Anschlag auf die Synagoge an Kundgebungen, an Menschenketten beteiligt haben, um zu sagen, wir wollen uns gegen rechte Gewalt in Thüringen wenden und ich sage ausdrücklich herzlichen Dank auch an die Vertreter aller drei Fraktionen in diesem Hause, die an diesen Veranstaltungen teilgenommen haben. Insofern wünsche ich mir eine sachgerechte Diskussion. Danke schön.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pelke. Die Landesregierung hat angekündigt, dass sie von der Möglichkeit des Sofortberichts Gebrauch macht. Ich bitte Herrn Innenminister Köckert.

Köckert, Innenminister:

Frau Landtagspräsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte eingangs der Jüdischen Landesgemeinde noch einmal sagen, dass ich erschüttert bin über diesen verabscheuungswürdigen Anschlag. Es ist nur schwer fassbar, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts - mehr als 60 Jahre nach dem Novemberpogrom des Jahres 1938 - in Deutschland Menschen gibt, die eine solche Tat begehen.

Es ist eine schreckliche Vorstellung, dass wir nahe daran waren, dass in Thüringen wieder eine Synagoge brennt.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die übergroße Mehrheit der Bevölkerung diese Tat scharf verurteilt, wie sie auch die Aktivitäten einer kleinen extremistischen Minderheit verurteilt, die aus der Geschichte nichts lernen will oder gar unsere Geschichte als Deutsche überhaupt nicht kennt. Wir wissen heute, dass der Anschlag auf die Erfurter Synagoge die Tat einzelner fehlgeleiteter Jugendlicher war, doch relativiert diese Feststellung diese Tat keineswegs und sie verringert auch nicht die Besorgnis unserer jüdischen Mitbürger. Ich möchte Ihnen versichern, ich habe auch darüber schon mit Herrn Nossen, dem Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde, gesprochen: Wir werden seitens der Landesregierung das in unseren Möglichkeiten Stehende tun, damit sich eine solche Tat nicht wieder ereignet. Dazu gehört auch, dass wir uns heute hier im Thüringer Landtag damit auseinander setzen.

Der Anschlag auf die Erfurter Synagoge wird aber auch zu einem Gradmesser für die Demokratie, meine Damen und Herren. Beziehen wir klar Position, machen wir deutlich, dass wir extremistisches, fremdenfeindliches und undemokratisches Verhalten keinesfalls hinnehmen oder gar dulden: Denn ich glaube, hier geht es um einen entscheidenden, wenn nicht um den entscheidenden Grundkonsens unserer Demokratie und unserer Gesellschaft. Hier müssen wir einig sein, meine Damen und Herren. Wer diesen Grundkonsens unserer Gesellschaft angreift, der muss die Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

Ich bin froh darüber, meine Damen und Herren, dass durch die rasche Festnahme der mutmaßlichen Täter ein Teil der Unsicherheit von der Jüdischen Landesgemeinde genommen worden ist. Es wurde mit Hochdruck ermittelt, binnen drei Tagen, am 23. April 2000, erfolgte die Festnahme des ersten Tatverdächtigen, in der Folge am 26. April 2000 die Festnahme der restlichen beiden Tatverdächtigen, durch deren Geständnisse und Aussa-

gen der Brandanschlag als aufgeklärt gelten kann.

Der rasche Fahndungserfolg, meine Damen und Herren, wird hoffentlich der rechten Szene deutlich machen, dass solche Anschläge in Thüringen nicht ungestraft bleiben. Umso unverständlicher erscheinen mir einzelne Reaktionen und Kommentare in den vergangenen Tagen. Denn wer manche Äußerungen aufmerksam verfolgt hat, der konnte sich gelegentlich des Eindrucks nicht erwehren, dass es nicht allen recht war, dass die Täter so schnell ermittelt und gefasst wurden. Deshalb sage ich sehr klar und deutlich: Es ist unwürdig, wenn aus einer solchen verabscheuungswürdigen Tat versucht wird, politisches Kapital zu schlagen. Der Schaden für Thüringen durch diese Tat selbst ist schon groß genug. Was wir brauchen im Umgang mit dem politischen Extremismus in unserem Land, ist zuallererst ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie. Aber wir brauchen auch Verantwortungsbewusstsein und Besonnenheit in der Debatte darüber. Zur Haltung der Landesregierung in diesem komplexen Themenfeld insgesamt wird Herr Ministerpräsident im Verlauf der Debatte noch sprechen. Ich beantworte deshalb die konkreten Anfragen gemäß Antrag der SPD-Fraktion.

Zu Frage 1: Welche Vorbereitungen hat die Landesregierung getroffen, um anlässlich des 20. April für Übergriffe der Rechtsextremisten besonders gefährdete Einrichtungen wie die Synagoge in Erfurt besonders zu schützen und welche Vorkehrungen wird sie in Zukunft treffen?

Meine Damen und Herren, das Thüringer Innenministerium hat die Polizeidienststellen des Freistaats Thüringen bereits 1992 angewiesen, Schutzmaßnahmen zur Sicherung von jüdischen Objekten und Einrichtungen durchzuführen. Dies bedeutet, dass derartige Objekte in die Bestreifung einzubeziehen sind, und in der Vergangenheit wurden diese Schutzmaßnahmen permanent der aktuellen Gefährdungslage angepasst. Die Polizeiinspektion Erfurt-Mitte hat darüber hinaus festgelegt, dass für die Erfurter Synagoge bei Veranstaltungen zusätzlich zu den bestehenden Schutzmaßnahmen der ständige Objektschutz durch Posten oder auch Streifen zu gewährleisten ist. Die Polizeidirektion Erfurt hat nun am 12. April dieses Jahres für den nachgeordneten Bereich anlässlich des 20. April einen Rahmeneinsatzbefehl erstellt und angeordnet, dass die verdeckte, unsichtbare Präsenz der Polizei an möglichen gefährdeten Objekten - u.a. an der Synagoge, am jüdischen Friedhof sowie an der jüdischen Gedenktafel - zu verstärken ist. Ab 19. April begann bereits die verstärkte Bestreifung der oben genannten Objekte. Gleichzeitig wurde für alle Dienststellen größtmögliche Dienststärke angeordnet und, meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren waren diese Schutzmaßnahmen aufgrund der bisherigen Gefahrenprognose für diesen Tag ausreichend. Auch in diesem Jahr gab es keine Hinweise, dass darüber hinausgehende Schutzmaßnahmen erforderlich wären.

Nach dem Anschlag auf die Synagoge wurde der ständige Schutz durch Posten oder auch Streifen festgelegt. In Abstimmung mit der Jüdischen Landesgemeinde wurden inzwischen die künftigen Schutzmaßnahmen auf der Basis einer erneuten Lagebeurteilung festgelegt. Gleichzeitig ist aber offensichtlich, dass das Sicherheitskonzept für die Synagoge weiter verbessert werden muss. Aus nahe liegenden Gründen, für die Sie sicher Verständnis haben, werde ich dazu keine weiteren Details öffentlich machen. Ich lasse zudem gegenwärtig prüfen, ob um das Gebäude herum auch eine öffentliche Videoüberwachung möglich ist. Dabei geht es vor allem um eine Prüfung der rechtlichen Belange, die bei einer solchen Maßnahme berührt sind. Das wäre dann das erste Beispiel einer öffentlichen Videoüberwachung eines öffentlichen Bereichs in Thüringen. Die aktuelle Diskussion zu dieser Thematik kennen Sie.

Zu Frage 2: Welche neuen Erkenntnisse hat die Landesregierung zu dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt und zur politischen Ausrichtung des Täters?

Zu dieser Frage lässt sich Folgendes sagen: Am 20. April um 22.11 Uhr teilte eine namentlich bekannte Zeugin der Einsatzzentrale der Polizeidirektion Erfurt mit, dass um 22.10 Uhr ein Brandanschlag auf die jüdische Synagoge in der Karthäuser Straße verübt wurde. Von der Einsatzzentrale wurden unverzüglich Polizeikräfte der Polizeiinspektion Zentrale Dienste und der Polizeiinspektion Erfurt Mitte zum Einsatz gebracht. Diese erreichten um 22.14 Uhr bzw. 22.15 Uhr den Tatort, damit also nur drei bzw. vier Minuten nach der Alarmierung. Polizeibeamte der Kriminalpolizeiinspektion Erfurt wurden hinzugezogen und trafen um 22.25 Uhr am Tatort ein. Nach Mitteilung der Zeugin wurde gegen die Synagoge ein so genannter Molotowcocktail geworfen. Der Molotowcocktail zerschellte an der Hauswand oberhalb der Videoüberwachungskamera. Die Leute, die die Örtlichkeiten dort kennen, wissen, das ist das Bürohaus und Wohngebäude der Landesgemeinde, nicht die Synagoge direkt. Zu einem Brand des Gebäudes kam es glücklicherweise nicht. Lediglich der als Lunte benutzte Stoffstreifen brannte, nachdem er auf den Boden gefallen war, weiter. Der Brand dieser Lunte wurde von der Zeugin weitestgehend, auch unter Einsatz von Wasser, gelöscht. Von den am Tatort eintreffenden Beamten wurden die noch glimmenden Reste der vorgefundenen Lunte vollständig gelöscht.

Die Tatortuntersuchung wurde aufgrund der Bedeutung des Delikts der eigens im Landeskriminalamt eingerichteten Tatortgruppe übertragen. Diese nahm am 20.04. ab 23.55 Uhr ihre Arbeit auf. Nach veranlasster Abspernung wurde die Beleuchtungsanlage aufgebaut und mit der systematischen Spurensicherung begonnen. Als Erstes wurde etwa 20 m neben dem Eingangstor ein Schriftstück, das so genannte Bekenner schreiben, aufgefunden, welches von den mutmaßlichen Tätern hinterlassen wurde. Dieses wurde im Original gesichert und kriminal-

technisch untersucht. In der weiteren Folge wurde der Tatort nach üblichen und bewährten kriminaltaktischen Grundsätzen untersucht und hierbei wurde festgestellt, dass ein Stofffetzen ca. 6 m neben dem Eingang auf der Straße lag. Innerhalb des umzäunten Objektes, unmittelbar an der Hauswand wurden weitere Glasscherben festgestellt, die offensichtlich zu einer zerbrochenen Flasche gehörten. Im Einzelnen konnten ein Flaschenboden, eine Scherbe mit Etikett, ein Flaschenhals, in dem sich Reste eines verbrannten Stofffetzens befanden, sowie eine Vielzahl kleiner Glassplitter aufgefunden werden. Aus der Gesamtpurenlage und der fotografischen Dokumentation am folgenden Tag wurde geschlussfolgert, dass die Tat nur mit einer Flasche begangen wurde. Im Rahmen der erweiterten Tatortarbeit in den nächsten Tagen sowie in Auswertung der Erkenntnisse aus dem Geständnis eines Tatverdächtigen konnten die Hinweise auf einen zweiten Molotowcocktail verdichtet werden. Die Glasscherben des zweiten Molotowcocktails wurden daraufhin im Ergebnis der zielgerichteten Suche in der Dachrinne des Gebäudes aufgefunden. Eine Brandgefahr für die Synagoge bzw. für dieses Wohn- und Bürogebäude bestand zu keinem Zeitpunkt, da die Lunte nach Spurenlage schon während des Wurfes aus dem Flaschenhals gefallen war. Es könnte sich nach dem Stand der derzeitigen Ermittlungen um den Stofffetzen handeln, der etwa 6 Meter neben dem Eingangstor aufgefunden und ursprünglich als Teil der ersten Lunte angesehen wurde.

In dem am Tatort aufgefundenen Bekenner schreiben wurde erklärt, der Anschlag basiere auf antisemitischen Motiven. Unterzeichnet war es von einer Gruppe "Die Scheitelträger". Nicht zuletzt diese Bezeichnung, die keine Selbstbezeichnung rechter Gruppierungen, sondern eine Fremdbezeichnung aus dem linken Spektrum für Rechtsextreme ist, ließ die Polizei und die Staatsanwaltschaft nach allen Richtungen hin ermitteln. Dieses Vorgehen zu Beginn der Ermittlungen war sachlich geboten und richtig.

Durch Auswertung einer Fingerspur auf dem Bekenner schreiben wurde ein gewisser Andreas J., geboren 1981 in Gotha, ermittelt. Seine Festnahme erfolgte umgehend am 23. April. In der Erstvernehmung bestritt besagter Andreas J. zunächst jegliche Beteiligung an der Tat. Am 24. April erging durch das Amtsgericht Gotha Haftbefehl. Seit diesem Tag befindet sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft. Am 26. April wurde er erneut von Beamten des Landeskriminalamts und der die Ermittlungen führenden Staatsanwältin vernommen. Nunmehr legte der Beschuldigte ein umfassendes und nach bisherigem Erkenntnisstand glaubwürdiges Geständnis ab. Er erklärte, er habe die Tat gemeinsam mit einem gewissen Carsten H., geboren 1983 in Erfurt, und einem gewissen David K., geboren 1982 in Rodewisch, begangen. David K. sei lediglich der Fahrer gewesen und habe von der Tat selbst nichts gewusst. Andreas J. und Carsten H. hätten die Tat gemeinsam ausgeführt. Beide hätten Molotow-

cocktails, die mit Öl und Spiritus gefüllt gewesen seien, geworfen. Beide hätten sich von Neudietendorf, wo sie sich überwiegend aufhalten bzw. wohnen, nach Erfurt begeben und seien nach Neudietendorf zurückgekehrt. Aufgrund der Angaben von Andreas J. wurden Carsten H. und David K. von Beamten des LKA festgenommen. Nachdem zunächst auch Carsten H. jede Auskunft verweigert hatte, legte er ebenfalls ein umfassendes Geständnis ab. Carsten H. gestand, einen Molotowcocktail, den er in ein Fenster habe werfen wollen, auf das Dach geworfen zu haben. Zu einer Explosion sei es nicht gekommen. Aufgrund dieser Einlassungen von Carsten H. wurden die Reste des bis dato nicht bekannt gewesenen zweiten Molotowcocktails aus der Dachrinne des Gebäudes geborgen. Der Dritte, David K., konnte erkennbar zu dem eigentlichen Vorgang keine näheren Angaben machen.

Nach übereinstimmenden Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden existiert eine rechtsradikale Organisation namens "Die Scheitelträger" nicht. Die Angaben der Beschuldigten bestätigen dies. Sie haben diesen Namen erfunden bzw. bewusst das Bekenner schreiben damit gezeichnet. Alle drei Beschuldigten sind der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen. Andreas J. dürfte Mitglied des Bundes Deutscher Patrioten sein. Der Beschuldigte Carsten H. wurde 1999 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen durch das Amtsgericht Gotha jugendrichterlich verurteilt und mit einer Arbeitsauflage belegt. Weitere Verfahren wegen Verstoßes gegen § 86 a des Strafgesetzbuchs sind gegen Carsten H. bei der Staatsanwaltschaft Erfurt anhängig. Der Beschuldigte David K. ist bislang strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten, rechnet sich nach eigenen Angaben aber der rechtsextremistischen Szene zu. Der Beschuldigte Andreas J. wurde im März 1999 ebenfalls wegen Verstoßes gegen § 86 a Strafgesetzbuch jugendrichterlich verurteilt und im September 1999 wegen gefährlicher Körperverletzung mit einer Jugendstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zu drei Jahren Bewährung, belegt. Der Beschuldigte Andreas J. insbesondere hat erklärt, man habe diese Tat ausgeführt, um sich im rechtsextremistischen Milieu einen Namen zu machen. Die Beschuldigten Andreas J. und Carsten H. befinden sich derzeit in Untersuchungshaft. Gegen den Beschuldigten David K. liegen derzeit keine Haftgründe vor.

Gestatten Sie, dass ich auf die Fragen 3 und 4 im Komplex antworte. Hat die Landesregierung ein ressortübergreifendes Konzept zur Bekämpfung von rechtsradikalen Tendenzen in der Bevölkerung in Angriff genommen bzw. will sie dieses in Angriff nehmen und wie sieht es aus? Beabsichtigt die Landesregierung die Auseinandersetzungen mit rechtsradikalen Tendenzen auf eine breite gesellschaftliche Ebene zu stellen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Tatsache ist, dass alle jungen Länder - relativ gesehen - statistisch hohe Werte an Gewalttaten mit rechtsextremistischem

Hintergrund haben und dass wir diese Erscheinungen sehr ernst nehmen. Tatsache ist aber auch, und dafür sprechen nicht zuletzt die zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit der Jüdischen Landesgemeinde in den letzten Tagen, dass weder die Brandenburger noch die Sachsen und schon gar nicht die Thüringer ein Volk von Neonazis sind. Thüringen ist kein Aufmarschgebiet der Rechtsextremisten, meine Damen und Herren. Dennoch gibt es, und zwar nicht erst seit dem Anschlag auf die Erfurter Synagoge, keinen Anlass zur Entwarnung. Seit Anfang der 90er-Jahre ist in Thüringen ein Anstieg der Straftaten zu verzeichnen, bei denen eine extremistische Motivation zugrunde lag oder bei denen eine solche nicht ausgeschlossen werden konnte. 1999 - das ist hier schon erwähnt worden - wurden 1.118 rechtsextreme Straftaten registriert, die meisten davon so genannte Propagandadelikte. Wie Sie wissen, habe ich aus diesem Grunde bereits am 3. März eine polizeiliche Gesamtkonzeption zur Bekämpfung des Extremismus vorgestellt und in der Landtagssitzung am 16. März weitere Ausführungen zum Vorgehen der Landesregierung in dieser Frage gemacht. Deshalb setze ich dies hier als bekannt voraus und lege das im Einzelnen an dieser Stelle nicht noch einmal dar.

Erfreulicherweise können wir heute, nicht einmal fünf Wochen seit Inkraft-Treten der Konzeption, schon sichtbare Erfolge vorweisen. In diesem Zeitraum wurden fast 700 verdächtige Personen kontrolliert, mehr als 450 befragt, fast 80 erkennungsdienstlich behandelt. In mehr als 400 Fällen wurden Platzverweise ausgesprochen und in 99 Fällen wurden Personen in Gewahrsam genommen. Seit diesem Inkraftsetzen konnten in Lauscha, in Wiegleben, in Camsdorf verbotene bzw. nicht angemeldete Veranstaltungen verhindert bzw. unterbunden werden. Zuletzt hat der sehr erfolgreiche Polizeieinsatz am 1. Mai deutlich gemacht, dass die Thüringer Polizei mit äußerster Konsequenz und im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel und Möglichkeiten gegen verbotene extremistische Aktivitäten einschreitet. Ich möchte dies auch heute hier zum Anlass nehmen, um der Thüringer Polizei, die am vergangenen Wochenende einmal mehr einen nicht einfachen Dienst zu leisten hatte, für ihren hervorragenden Einsatz ausdrücklich zu danken, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU, SPD)

wie mein Dank auch den ermittelnden Behörden gilt, die in zügiger und schneller Weise den Sachverhalt über die Osterfeiertage hinweg aufgeklärt haben und die Dinge zügig zur Entscheidung haben bringen können.

Mein Dank aber, meine Damen und Herren, gilt in diesem Zusammenhang auch den Weimarer Bürgerinnen und Bürgern, die durch eine beeindruckende Zahl von friedlichen und phantasievollen Gegenaktionen am 1. Mai Zeichen für Toleranz und Offenheit gesetzt haben.

(Beifall im Hause)

Ich glaube, hier sind wir nicht nur mehr am Beginn, sondern schon weit drin in diesem Prozess der Herstellung des gesellschaftlichen Konsenses, dass diese Atmosphäre wir nicht nur immer in den Köpfen und im Herzen tragen, sondern sie auch deutlich zum Ausdruck bringen, auch nach draußen, auch sichtbar für die, die das immer wieder stören wollen.

Zum Thema "Ressortübergreifende Zusammenarbeit" möchte ich daran erinnern, dass die Thüringer Landesregierung bereits 1992 in der 1. Legislatur eine interministerielle Kommission zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt unter Vorsitz des Thüringer Innenministeriums eingesetzt hat. Diese Kommission hat unter Einbeziehung aller beteiligten Ressorts in den letzten beiden Legislaturperioden Maßnahmen zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt erarbeitet, um sowohl präventiv als auch repressiv dem Extremismus begegnen zu können. Wir werden auch in dieser Legislatur an das anknüpfen, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiet ressortübergreifend geleistet worden ist. Darauf jetzt im Einzelnen einzugehen, würde wohl den Rahmen dieser Debatte sprengen; im Übrigen hat das Thüringer Innenministerium erst im vergangenen Jahr im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage umfassend zu den Maßnahmen zur Eindämmung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalttaten in Thüringen Stellung genommen. Das Thüringer Innenministerium erarbeitet derzeit einen weiteren Teil dieses Maßnahmenpakets, für das auch Repräsentanten der Wirtschaft als Multiplikatoren gewonnen werden sollen. Der Grund dafür ist, dass es sich bei den hier im Lande ansässigen Rechtsextremisten ganz überwiegend um Jugendliche oder junge Männer handelt, die entgegen landläufiger Vorstellungen nicht arbeitslos sind, sondern vielmehr in einem Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis stehen. Häufig schaden diese Personen nachhaltig dem Ansehen des Freistaats, auch ohne dass sie Straftaten begehen oder ihnen diese nicht gerichtsfest nachgewiesen werden können.

Weitere Veranstaltungen, die durchgeführt werden, wenden sich an Multiplikatoren bei Schulen und Sozialeinrichtungen. Zudem gibt es seit März dieses Jahres eine interministerielle Arbeitsgruppe "Gewaltprävention", die unter der Federführung des Abteilungsleiters Polizei im Thüringer Innenministerium über weiterführende ressortübergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewaltkriminalität berät. Nicht zuletzt möchte ich hier nennen den Modellversuch "Jugendstation", der unter Führung des Thüringer Justizministeriums in Zusammenarbeit mit dem TIM, mit dem Kultusministerium und mit dem Sozialministerium vorbereitet wird und seinen Auftakt in Gera haben soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz aller dieser Maßnahmen muss auch deutlich gesagt werden: 100-prozentige Sicherheit vor derartigen Anschlägen - und auch das ist eine traurige Tatsache - wird es nie geben. Die Bekämpfung des Extremismus braucht einen

langen Atem. Und wer in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versucht, als gäbe es Konzepte, Mittel und Möglichkeiten, mit denen dem extremistischen Spuk in aller kürzester Zeit binnen weniger Wochen der Garaus gemacht werden könnte, und nur diese Landesregierung würde nichts tun und sie nicht anwenden, der täuscht bewusst und wissentlich die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir werden einen langen Atem zur Extremismusbekämpfung brauchen und kein kurzatmiges politisches Schreien von Leuten ohne Verantwortung, die manchmal ein solches Ereignis, wie den Anschlag auf diese Erfurter Synagoge, zu Trittbrettfahrereien benutzen.

Das repressive und präventive Vorgehen der Polizei, die Umsetzung unseres Konzepts ist in seiner Wirksamkeit mittelfristig sicher erfolgreich und erste Erfolge, das habe ich ja eben noch sagen können, konnten wir schon erzielen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, indem die Polizei ihren Handlungsspielraum voll ausschöpft, soll gleichzeitig für den Bürger dokumentiert werden, dass auch er gefordert ist, in seinem eigenen Umfeld, im privaten Bereich oder am Arbeitsplatz mit den eigenen Möglichkeiten dem Aufkommen von extremistischen Umtrieben entgegenzutreten. Wir müssen auch außerhalb des polizeilichen Wirkungskreises die vom politischen Extremismus gefährdeten Jugendlichen erreichen. Dieser Aufgabe müssen sich alle stellen, die in der Gesellschaft Verantwortung tragen. Dies ist eine Aufgabe auch der Erziehungsarbeit in den Familien, auch in den Schulen, auch in den Ausbildungsbetrieben. Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats kann nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist vielmehr Aufgabe aller Bürger und deren Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten. Diese Bereitschaft ist der beste und wirksamste Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Meine Damen und Herren, die Thüringer Landesregierung nimmt den Verfassungsauftrag, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, sehr ernst. Sie wird wie schon in den vergangenen Legislaturperioden auch weiterhin alles ihr Mögliche tun, um den politischen Extremismus in Thüringen konsequent und wirksam zu bekämpfen. Ich bitte Sie alle hierfür um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir jetzt zur gemeinsamen Aussprache über den Bericht und über die vorliegenden Anträge. Ich bitte zunächst Frau Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Zimmer, PDS-Fraktion.

Abgeordnete Zimmer, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werter Herr Ministerpräsident, liebe Gemeindeglieder der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen, sehr geehrter Herr Vorsitzender Nossen, auch heute noch, mit Abstand betrachtet, fallen einem die Worte mit Blick auf die jüngste deutsche Geschichte zum schmachvollen und verabscheuungswürdigen Brandanschlag auf Ihr Gotteshaus sehr schwer. Aber wie müssen sich erst jene Gemeindeglieder, die den Holocaust überlebten und hier in Erfurt entweder ihre Heimat behalten haben oder auch wieder gefunden haben, bei dem Gedanken fühlen: "Und wieder versucht man - wie 1938 - Synagogen anzubrennen." Wie müssen sich jene neuen Gemeindeglieder, die mit Lebensmut, Tatendrang und Vertrauen in diese Gesellschaft nach Deutschland gekommen sind, bei dem Gedanken fühlen: "Sind wir doch nicht so willkommen in diesem Land?" Wie müssen Sie sich, Herr Vorsitzender Nossen, der Sie mit Durchsetzungsvermögen, mit Aufopferung und Engagement nicht nur das religiöse Leben der Jüdischen Landesgemeinde weiter mit aufgebaut haben, bei dem Gedanken fühlen, dass es wieder blindwütige nationalistische Demagogen und bereitwillige Handlanger sind, die Gewalt gegen Andersdenkende, Anderslebende, Andersaussehende anwenden? Was müssen gerade die Menschen in Israel, aber auch alle anderen jüdischen Menschen auf dieser Welt bei diesem Gedanken fühlen, dass es die Bundesrepublik Deutschland als so genannter Eckpfeiler der demokratischen und zivilisatorischen Entwicklung auf der Welt auch im 21. Jahrhundert nicht schafft, jene geistigen Wurzeln, jene damit verbundene Ideologie und Vorstellung aus den Köpfen auch junger Menschen zu verbannen und gleichzeitig mit aller Konsequenz und Kraft in der Gesellschaft ein Klima der Aufklärung, der Toleranz, der Mitmenschlichkeit entstehen zu lassen?

Der Brandanschlag gegen die Erfurter Synagoge am vergangenen Karfreitag hat die Öffentlichkeit in Thüringen und darüber hinaus weit erschüttert und aufgewühlt. Namens der PDS-Fraktion möchte ich Ihnen, Herr Nossen, als Repräsentant der in Thüringen lebenden Jüdischen Gemeinde unser tiefstes Entsetzen über die abscheuliche Tat zum Ausdruck bringen. Der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge ist ein Brandanschlag auf uns alle. Er ist ein Angriff nicht nur auf die jüdische Kultur, sondern auf die Kultur in unserer Gesellschaft, deren Bestandteil jüdischer Glauben und Lebensweise sind. Er ist zugleich ein Anschlag auf die Mahnung und Erinnerung an deutsche Verantwortung für millionenfaches Leid und Sterben jüdischer Menschen. Intoleranz und Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Rassismus, sie sind nicht zu übersehen, sie sind mitten in unserer Gesellschaft. Sie sind präsent in vielen Stammtischrunden, in nicht wenigen Familien und sie äußern sich in bewussten und organisierten Aktionen von Initiatoren und Anhängern der neonazistischen und faschistischen Szene, auch in Thüringen. Das Anzünden von Häusern, das Jagen und Zu-

sammenschlagen von Menschen, Aufmärsche von NPD und Thüringer Heimatschutz, anonyme Drohungen und unverblümete direkte Einschüchterungsversuche erzeugen eine Atmosphäre von Angst und Duckmäusertum, wenn sich die Mehrheit der Gesellschaft nicht dagegen zur Wehr setzt. 55 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus, nach dem Ende des Holocaust an den europäischen Juden werden in Deutschland wieder und noch immer jüdische Einrichtungen angegriffen, finden sich Nazisymbole an jüdischen, aber auch an christlichen Einrichtungen, an Ausländerwohnheimen und überall dort wieder, wo mit diesen Symbolen öffentliche Aufmerksamkeit provoziert und zugleich Menschen gedemütigt werden. Hier gibt es keine Hemmungen mehr, es sei denn, die Mehrheit steht auf und setzt ein deutliches Gegenzeichen.

Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sind inzwischen zum Problem unserer heutigen Gesellschaft geworden. Dieses Problem wird nicht kleiner, indem es weggeredet, geleugnet oder indem gar weggesehen wird. Es lässt sich auch nicht verharmlosen oder einfach ignorieren. Mit Sorge ist zur Kenntnis zu nehmen, dass der Anteil der Bevölkerung, die über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild verfügen, inzwischen immer mehr steigt. Darauf machen viele Menschen in der Öffentlichkeit aufmerksam.

Und, meine Damen und Herren Abgeordneten, es ist inzwischen unser Problem, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Dieser Verantwortung haben wir uns zu stellen oder wir machen uns mitschuldig daran, dass Intoleranz und Menschenverachtung, Hass und Gewalt die Atmosphäre vergiften und das Zusammenleben von Menschen bedrohen und in absehbarer Zeit die geistige und kulturelle Hegemonie in dieser Gesellschaft erringen.

Die heutige Landtagssitzung ist auf Vorschlag der SPD vor allem deshalb zustande gekommen, weil alle drei Fraktionen heute in der Verantwortung stehen, ein deutliches und ein sichtbares Zeichen zu setzen, dass sie bei allen vorhandenen Unterschieden, die auch, glaube ich, hier in diesem Saal niemand wegleugnen wird, sich wenigstens noch auf dem untersten Level zu einer gemeinsamen politischen Erklärung durchringen können. Wir sollten nicht jenen den Triumph gönnen, die händereibend davon ausgehen, dass der politische Eigennutz der Parteien, das Ringen um die Deutungsmacht zwischen ihnen, ein solches Signal gegen alle jene, die meinen, mit Gewalt gegen Andersdenkende, Anderslebende und Andersaussehende vorgehen zu müssen, ein solches Signal verhindert, dass Parteien unfähig sind, sich dieser Situation an diesem heutigen Tage zu stellen und sich entsprechend auch zu verhalten. Das wäre eine Niederlage am heutigen Tag. Es ist nicht die Frage, wer sich bei der Erklärung, zu der wir uns nachher zu verhalten haben, letztendlich in allen Positionen durchgesetzt hat oder nicht durchgesetzt hat. Es ist die Frage, ob die drei Fraktionen in diesem Thüringer Landtag der Aufforderung, auch des Vorsitzenden der Jüdischen Landesge-

meinde z.B. nachkommen und ihr gerecht werden, dass ein deutliches Zeichen parteienübergreifend gegen Rechts-Extremismus in diesem Landtag gesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich verhehle nicht, dass für die PDS-Fraktion die Hürde hoch ist, einer Erklärung zuzustimmen, in der ausgehend vom Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge der vielfältig interpretierbare Begriff des Extremismus mehrfach auftaucht. Ein Begriff, der in den letzten Jahren immer wieder benutzt wurde, um die Gleichsetzung von Links und Rechts zu betreiben, ja darunter auch die PDS zu fassen bzw. von vornherein all jene mit aufzunehmen, die für demokratische Veränderungen in diesem Land streiten. Ein Begriff, der durchaus nicht nur auf Gewalttäter angewandt wird. Die Mehrheit der PDS-Fraktion wird dieser Erklärung heute zustimmen. Wenn sie das tut, dann vor allem aus den von mir genannten Gründen. Wir nehmen mit der Zustimmung zu dem Antrag keine unserer politischen Positionen, die wir in den letzten Plenarsitzungen zu diesem Thema geäußert haben, zurück. Und ich erkläre hier auch, gerichtet gerade an jene junge Menschen, die oftmals auch unter den Begriff des Extremismus gefasst werden, dass wir weiterhin an ihrer Seite stehen werden, wenn es darum geht, Rechtsextremen entgegenzutreten. Wir bleiben bei unseren politischen Grundhaltungen und meinen dennoch, dass es politische Situationen geben kann, wo man sich so weit zurücknehmen muss. Es geht nicht darum, die eigene politische Grundhaltung vorneweg zu tragen, um zu sagen, andere haben sich der untergeordnet. Wir sind bereit, zu diesem Punkt zu kommen und diesen hier auch eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Das ist auch der Grund, warum wir den Bericht der Landesregierung zum Hergang, zum Zustandekommen, zu den Maßnahmen, die die Landesregierung in Aufklärung des Brandanschlags auf die Synagoge hier gegeben hat, zwar zur Kenntnis nehmen, ihn aber hier heute an dieser Stelle nicht diskutieren wollen. Wir kündigen aber auch an, dass es in nachfolgenden Plenarsitzungen sicher die von allen Fraktionen gewünschte parlamentarische Debatte und parlamentarische Auseinandersetzung dazu geben wird. Es sind viele Fragen offen, das sollte man hier ganz deutlich sagen. Wir meinen, dass wir uns heute hier in dieser Erklärung deutlich gegen den Rechtsextremismus, gegen den Brandanschlag gegen die Erfurter Synagoge wenden wollen. Wir machen auch deutlich, dass aus unserer Sicht natürlich vieles noch getan werden müsste und letztendlich auch nicht mit einem polizeilichen Handlungskonzept zu fassen ist, um wirklich den Kampf gegen Rechtsextremismus weiter zu treiben. Wir machen deutlich, dass wir uns auf ein gesellschaftliches Gesamtkonzept konzentrieren. Wir meinen, wenn eine Gefahr aus der Gesellschaft kommt, kann sie auch nur durch breite gesellschaftliche Gegenwirkungen gebannt werden. Deshalb setzen wir weiter darauf, dass Intoleranz, Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt auch als gesellschaftliches Problem betrachtet werden und nicht verniedlicht werden. Und wir setzen darauf, dass die

Gegenwirkung, die zu erzielen ist und die unbedingt notwendig ist, sich an solchen Formen orientiert wie an der Menschenkette um die Erfurter Synagoge herum, wo Vertreter aller Fraktionen, Gewerkschafter, insbesondere junge Menschen, sehr viele junge Menschen, auch jene, die sich an anderen Formen beteiligt haben, sich an anderen vorherigen Auseinandersetzungen gegen Neonazis beteiligt haben. Diese Form ist eine dieser Widerstandsformen, die wir für sehr wichtig und notwendig halten. Wir verweisen auch darauf, dass es unser Anliegen sein muss, all jene zu bestärken, zu ermutigen und zu unterstützen, die Aktionen, wie beispielsweise "Unser buntes Haus Weimar", mit der sehr wirkungsvoll der Aufzug der NPD in Weimar am 1. Mai verhindert werden konnte, unterstützen und initiieren und die mit sehr viel Ideenreichtum, mit sehr viel Engagement dazu beitragen, dass nicht logischerweise dem Auftreten von Gewalt Gewalt wieder folgen muss. Ich möchte mich auch bei all jenen bedanken, die über die Medien in den letzten Tagen und Wochen doch für eine ganz klare deutliche Sprache in diesem Land Thüringen mit gesorgt haben, die mit dazu beigetragen haben, eine klare Zurückweisung des Brandanschlags auf die Synagoge zu erreichen, aber damit auch gleichzeitig weitere Anschläge auf die Demokratie in diesem Land entweder verhindert oder auch deutlich abgelehnt worden sind.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge wiederum nur der traurige Höhepunkt einer Kette bewusster, zielgerichteter und geplanter Vorgänge in jüngster Zeit ist. Ob die Schändung der jüdischen Friedhöfe, die Schmiereien an Wahlkreisbüros von Landtagsabgeordneten, die Hakenkreuze am Erfurter Dom und auch besonders die Naziaufmärsche in den letzten Tagen und Wochen - all das sind aufkommende Zeichen eines nicht vorhandenen oder eines verfallenden Wertesystems, eingeschlossen des Antifaschismus in unserem Land. Wir sollten in aller Öffentlichkeit und mit aller Deutlichkeit diese Aktionen und Handlungsweisen anprangern, sie nicht dulden. Wir sollten die geistigen Urheber jener Taten verurteilen und geschlossen und gemeinsam, und da setze ich auf alle drei Fraktionen und weit darüber hinaus auf die Menschen in diesem Land, Widerstand gegen jeglichen Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung leisten. Danke schön.

(Beifall bei der PDS; Dr. Pidde, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Gentzel.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 9. November 1938, der so genannten Reichspogromnacht, brannte die jüdische Synagoge in Erfurt. Die

SA hatte sie umstellt, die Türen aufgebrochen und Feuer gelegt. Gleichzeitig zogen SA und SS durch die Erfurter Innenstadt und verhafteten nach vorhandenen Listen jüdische Bürger. 197 von ihnen wurden am 10. November nach Buchenwald abtransportiert. So viel zur Erinnerung zunächst an das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte auch hier in Erfurt. Unzählige Erfurter, Thüringer, unzählige deutsche Mitbürger haben in der wechselvollen deutschen Geschichte seit diesem Datum dafür gelebt und gearbeitet, dass sich solches nicht wiederholt. Mit dem verabscheuungswürdigen Brandanschlag auf die jüdische Synagoge vom 20. April dieses Jahres wurde deren Hoffnung und deren Arbeit nachhaltig zerstört. Von vielen hört man jetzt, man ist erschüttert und man schämt sich, das gilt auch für die Thüringer SPD. Doch können Erschüttern und Schämen das ausdrücken, was wir wirklich empfinden? Ich sage, bei weitem nicht. Genau wie die feige Tat von 1938 eine Vorgeschichte hat, hat die feige Tat vom 20. April 2000 eine Vorgeschichte. Bereits am 01.04.1933 wurden von SA und SS jüdische Geschäfte kontrolliert und ein Boykott von jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten durch die NSDAP durchgesetzt. Die Vorgeschichte des 20. April ist eine andere. Sie macht sich an solchen Orten fest wie Schorba, wie Gera, wie Erfurt. Sie hat aber auch einen Nachspann, der hier ausdrücklich genannt werden sollte, weil er genauso unvorstellbar, genauso verabscheuungswürdig ist. So wurde an dem Wochenende nach dem Synagogenanschlag ein Türke von Skinheads durch Erfurt gejagt und verprügelt und es erhielten die, die sich in Thüringer Zeitungen gegen den rechten Mob artikulierten, Morddrohungen. Das LKA in Thüringen sagte dazu, man nehme dieses sehr ernst. Es gibt aber auch die antifaschistische Demonstration vom 11. März 2000, die Mahnwachen und die Menschenkette rings um die jüdische Synagoge und es gibt den bunten Protest der 15.000 bis 20.000 Demokraten in Weimar vom 1. Mai. Das gibt uns die Hoffnung und die Berechtigung zu sagen, die große Mehrheit der Thüringer lehnt rechte Ideologien und rechte Gewalttaten ab.

(Beifall im Hause)

Die Mehrheit der Thüringer will, dass mit diesem braunen Spuk endlich Schluss gemacht wird. Mich stört an der Betrachtung - z.B. der Mahnwachen und der Menschenkette rings um die jüdische Gemeinde -, dass zu wenig in den Vordergrund gestellt wird, dass die übergroße Zahl der Teilnehmer eben nicht in ein Links-Rechts-Spektrum passt. Es sind die so genannten ganz normalen Thüringer, die die Nase von dem voll haben, was sich die Neonazis in Thüringen erlauben dürfen. Und so ist es heute, und so möchte ich es auch nennen, unsere gemeinsame Aufgabe, ein gemeinsames Zeichen im Thüringer Landtag zu setzen, dass die große Mehrheit der Thüringer Bevölkerung den gesamten Thüringer Landtag hinter sich wissen darf. Wir im Thüringer Landtag sagen gemeinsam: Es reicht! Und wir machen all denen Mut, die eben nicht aus exponierter Stellung mutig

sagen: Und uns reicht es auch! In Anbetracht all dieser Dinge hat die SPD-Landtagsfraktion für den heutigen Tag eine Sondersitzung des Landtags gefordert. Unser Ziel war es, denen, die sich so klar gegen rechte Gewalt geäußert haben, mit einer gemeinsame Erklärung aller Fraktionen in diesem Haus Mut zu machen, ihnen zu sagen, ihr seid nicht allein und ihr habt die Unterstützung aller Fraktionen und der Thüringer Landesregierung. Dass dieses gelungen ist, ist in der neuen fast 10-jährigen Geschichte dieses Thüringer Landtags mehr als nur ein Achtungszeichen. Wir haben das Ideologische im Wesentlichen abgeschüttelt, um an einem eminent wichtigen Punkt Gemeinsamkeit zu demonstrieren.

Ich bedanke mich bei den vielen Thüringern, die mit ihrer Vorarbeit dieses hoffnungsvolle Zeichen aus dem Thüringer Landtag erst ermöglicht haben, und natürlich der ausdrückliche Dank an alle Abgeordneten und an alle Mitglieder der Thüringer Landesregierung. Dass uns dies trotz aller Schwierigkeiten, ich sage es noch einmal, in der Drucksache 3/627 gelungen ist, ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Nichtsdestotrotz ist jetzt bei weitem nicht alles in Ordnung. Es ist bei weitem nicht alles da, wo es sein muss. Konsequente Aufarbeitung des Vergangenen durch die Politik steht als Erstes auf der Tagesordnung. Der 1. Mai in Weimar mit dem Verbot der NPD-Demonstration und den 15.000 bis 20.000 Demokraten, die sich mit Kreativität und Phantasie gegen den braunen Einfall gewehrt haben, kann und muss der Wendepunkt sein.

Meine Damen und Herren, der gemeinsame Antrag aller Fraktionen in diesem Haus ist selbstverständlich auch ein Kompromiss. Wer anderes gehofft und erwartet hat, darf sich nicht Realist nennen. Trotz der Auffassung, dass dieser Kompromiss ein guter für dieses Haus und für Thüringen ist, möchte ich den ungefilterten und klaren Standpunkt der Thüringer SPD zu dieser Thematik noch mal klar aussprechen. Die Thüringer SPD steht an der Seite der Antifaschisten, der Antirassisten, an der Seite der Thüringer Demokraten. Die Thüringer SPD ist die Partei des Antifaschismus und des Antirassismus. Sie wendet sich gegen jede Art von Extremismus. Diese Haltung ist auch in der Geschichte der Sozialdemokratie geboren und von uns durchlebt worden. Keine deutsche Partei hat unter den Diktaturen, egal welcher Couleur, so gelitten wie die Sozialdemokraten; verhaftet, drangsaliert, gefoltert, ermordet. Sozialdemokraten stehen für diesen Teil unseres Widerstands. Die Geschichte und die sich daraus ergebende Politik der SPD ist selbstverständlich auch die Geschichte und die Politik der Thüringer SPD. Wir haben bei vielen Aktionen gegen Neofaschismus und Rassismus in der ersten Reihe gestanden. Wir haben zu solchen Aktionen aufgerufen und haben sie aktiv unterstützt. Genau dieses werden wir weiter tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, unter welchen Bedingungen eine Demonstration gegen Rechts eine richtige oder eine falsche ist.

Meine Damen und Herren, was die zukünftigen Aufgaben der Politik in diesem Haus betrifft, möchte ich mich wohl auf einen der angesehensten Thüringer in dieser Frage zurückziehen. Ich rede von dem Leiter der Gedenkstätte Buchenwald, Herrn Knigge, der viel Gutes für den Ruf der Thüringer in Deutschland, aber auch für den internationalen Ruf der Deutschen getan hat. Er schreibt in einem TLZ-Interview, das vor dem Synagogenanschlag stattgefunden hat und das für mich persönlich eine der bemerkenswertesten Meinungsäußerungen der letzten Wochen und Monate zu diesem Thema ist. Herr Knigge sagt Folgendes: "Ich glaube, man muss den historisch richtigen Befund, dass die NS-Diktatur stark geworden ist auch durch die Indifferenz, durch die Gleichgültigkeit, durch das Schweigen, ernst nehmen. Wer schweigt, stimmt objektiv zu." Auf die Frage, wie man nun gegen Rechts die Massen sensibilisieren kann, antwortete er Folgendes: "Die Masse ist nie zu sensibilisieren. Ich denke, es wäre schon viel erreicht, wenn - und auch das lehrt der Nationalsozialismus - die, die hell-sichtig, sensibel und geschichtsbewusst sind, sich nicht verstecken. Das bedeutet auch, dass die politischen Eliten, die Funktionseliten, die Eliten der Wirtschaft, also die wirklich wichtigen Bürger dieses Landes ein Zeichen setzen, auch in Erinnerung dessen, dass der Nationalsozialismus aus der Mitte gekommen ist. Wenn es gelingt, 20 bis 30 Prozent einer Gesellschaft geschichtsbewusst und demokratisch hellwach zu halten, hat man schon vieles erreicht. Die Spitzen der Polizei, die Spitzen der Verwaltung, die demokratischen Kreise des einflussreichen Bürgertums, Kultureinrichtungen, die Politik, die jungen Menschen, die dürfen sich nicht verstecken; die Masse wird man nie erreichen."

Meine Damen und Herren, verabschieden wir den gemeinsamen Antrag in der Drucksache 3/627 nicht nur, sondern machen wir ihn zum Maßstab unseres Handelns und unseres Auftretens hier und außerhalb dieses Hauses. Seien wir, den Worten Knigges folgend, die politische Elite, die nicht schweigt. Ich danke Ihnen.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Abgeordneter Althaus.

Abgeordneter Althaus, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die CDU-Fraktion verurteilt den Anschlag auf die Erfurter Synagoge am 20. April auf das Schärfste. Nicht nur, dass diese Tat dem Ansehen Thüringens schweren Schaden zugefügt hat, nein, der

Versuch, die Synagoge in Brand zu stecken, ist ein barbarischer Akt, der von Intoleranz und Verblendung zeugt. Wir teilen mit allen demokratischen Kräften im Land und der übergroßen Mehrheit der Thüringer Bürger die Auffassung, dass es sich um eine feige und verabscheuungswürdige Tat krimineller Rechtsextremisten handelt. Als Partei, die den christlichen Grundwerten verpflichtet ist, fühlt sich die CDU den Bürgern jüdischen Glaubens in Thüringen im Besonderen verbunden. Deshalb gilt aus unserer Fraktion der Jüdischen Landesgemeinde und den Mitbürgern jüdischen Glaubens unsere uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Die Sicherheit Ihrer Einrichtung, die freie Ausübung Ihrer Religion, das Dasein in Thüringen, die Mitbürgerschaft mit Ihnen, das ist uns ein Wert, der aus der Geschichte betrachtet besonders hoch zu schätzen ist. Wir wollen ihn auch in Zukunft schützen und wollen nie wieder zulassen, dass ein solcher Anschlag möglich wird. Trotz aller Bemühungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hinterhältige Anschläge politischer Extremisten zu verhindern, werden wir auch in Zukunft solche Taten nicht vollkommen ausschließen können. Und genau deshalb müssen wir die Wachsamkeit gegenüber extremistischen Tendenzen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Die CDU-Fraktion möchte der Thüringer Polizei und allen an der Ermittlung Beteiligten den ganz besonderen Dank und die Anerkennung aussprechen, dass sie so zügig, so zielgerichtet ermittelt haben und dass die schnelle Ergreifung der Täter auch dazu führen kann, dass nach dem schnellen Fahnderfolg eine harte Verurteilung hoffentlich auch eine abschreckende Wirkung ausüben wird.

(Beifall bei der CDU)

Der Freistaat Thüringen macht damit deutlich, dass der Staat in der Lage ist, sowohl durch Konzepte als auch konkrete Taten in dieser Situation zu handeln. Das macht deutlich, dass Thüringen nicht das Land rechts-extremer Aufmärsche und nicht das Land rechtsextremer Anschläge ist. Das muss auch in Zukunft so bleiben, deshalb steht die CDU für einen harten Kurs gegen Extremisten. Wir sind uns jedoch bewusst, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass polizeiliche und juristische Maßnahmen allein den politischen Extremismus leider nicht verhindern können. Der Schutz der Demokratie vor extremistischen Gefahren beginnt mit der geistigen Auseinandersetzung. Geschichtskennntnis, den Wert der Demokratie zum Handlungswert zu machen, die Freiheit in Verantwortung und mit Zivilcourage nutzen und verteidigen; hier liegen wichtige Aufgabenfelder für diese geistige Auseinandersetzung. Sie muss vor allem in den Familien, in den Medien, in den Schulen geführt werden; sie muss dort geführt werden, wo junge Menschen nach Orientierung suchen. Junge Menschen müssen Demokratie als sinnvolle Lebensform erleben.

Sie müssen Erfahrungen sammeln mit Teilhabe und Teilnahme. Sie müssen spüren, dass sie angenommen sind, auch mit ihren Fehlern, dass sie Perspektiven haben. Extremistische Taten sind häufig Schreie auswegloser junger Menschen, die eben diese Geborgenheit nicht erfahren und leider in extremistischen Gruppierungen diese vermeintliche Geborgenheit erfahren. Seit Jahren wird in diesem Zusammenhang staatliches Handeln in Thüringen koordiniert und auch immer, und das ist notwendig, auf neue Entwicklungen ausgerichtet. Zum Beispiel hat sich die Thüringer Bildungspolitik in der Vergangenheit der geistigen Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus, mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sehr intensiv gewidmet. Die Lehrpläne sind in diesem Bezug weiterentwickelt. Es gibt Förderprogramme, es gibt Aktivitäten einzelner Schulen, die gefördert werden, gefordert werden und auch verbreitet werden. Dieser eingeschlagene Weg, so denke ich, muss konsequent weiter verfolgt werden und ich erinnere auch an die Initiative "Demokratisch handeln", die gerade in Thüringen eine sehr rege Mitarbeit erfährt. Das sind vielfältige Beispiele, die durch vielfältige Beispiele couragierter Bürgerschaft in Thüringen zu ergänzen sind, die auch in den letzten Tagen hier in Erfurt und in Weimar im Besonderen erfreulich für Thüringen und den Kampf gegen Extremismus erlebbar wurden. Trotzdem, unverzichtbar bleibt der Einsatz jedes Einzelnen, das heißt, die Zivilcourage im alltäglichen Leben, in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, in der Freizeit. Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Extremismus und Antisemitismus haben vielfältige Wurzeln. Hier beginnt die Arbeit, denn die extremistischen Taten, auch der rechtsextreme Anschlag auf die Synagoge in den letzten Tagen, sind häufig das verbrecherische Ende einer Persönlichkeitsentwicklung, die scheinbar in einer Sackgasse zu enden droht. Hier müssen wir ansetzen und hier ist jeder Einzelne gefordert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Freiheit und Demokratie müssen täglich erstritten und verteidigt werden; sie sind keine Selbstverständlichkeit, wie die Geschichte, insbesondere die des 20. Jahrhunderts, leidvoll gezeigt hat. Der Kampf gegen Extremismus ist keine kurzfristige Aufgabe der Politik. Der Verfassungsauftrag ist klar und wir stellen uns der Verantwortung, dass Politik in der Lage sein muss, diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen, um die Verfassung zur Verfassungswirklichkeit werden zu lassen. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Feld kein Feld für parteitaktische Spiele ist, auch kein Feld für Instrumentalisierungen dieser grausamen Taten. Die Zusammenarbeit aller Demokraten ist für uns zwingend. Auch das lehrt die Geschichte. Die Haltung der Thüringer und die Stimmung in Thüringen ist eindeutig. Jede Form des Extremismus, insbesondere die rechts-extremen Ausschreitungen werden strikt abgelehnt. Politischer Extremismus, das heißt nicht, dass Rechts- und Linksextremismus gleichgesetzt werden, bei weitem nicht. Nur beide stellen eine Gefahr für die Demokratie, für Freiheit und Leben der Demokratie dar und deshalb müssen beide als verabscheuungswürdige Extremismus-

formen vom Staat und von der Politik ganz unerbittlich bekämpft werden. Demokratie darf an dieser Stelle auch nicht nachlässig sein, denn die Gefahren gehen vom politischen Extremismus aus. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat lebt, indem er die unveräußerlichen Rechte jedes einzelnen Bürgers sichert, aber, auch das ist in unserer Verfassung grundgelegt, er regelt die Verfahrensregeln für das Zusammenleben und damit auch die Zuständigkeiten. Die drei Säulen Legislative, Exekutive und Judikative tragen unsere Demokratie und nur so und nicht durch andere Versprechungen kann die plurale Gesellschaft, gerade die plurale Gesellschaft, die in die globalisierte Welt eintritt, Zukunft in Freiheit und Demokratie haben. Genau deshalb wird die CDU-Fraktion auch zukünftig den gesamten politischen Extremismus in den Mittelpunkt der Arbeit stellen, denn wenn - und ich darf zitieren - die Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus Thüringen in ihrem Heft schreibt: "Das erste Ziel politischer Arbeit muss die Schaffung eines Konsenses gegen Rechts sein. Erst auf der Grundlage eines solchen Konsenses lassen sich eigene Gesellschaftsideen umsetzen und dann ist das ein klarer Angriff auf unsere Verfassungsdemokratie und dann muss dieser Angriff abgewehrt werden, weil wir die Demokratie nicht gefährden lassen wollen, weil wir die Säulen der Demokratie sichern müssen, damit wir eine plurale Gesellschaft mit Toleranz, mit Fremdenfreundlichkeit und Mitmenschlichkeit auch zukünftig in Thüringen leben können."

Die CDU-Fraktion kennt das Handlungskonzept der 1. und 2. Legislaturperiode, das fortgesetzt wird, das weiterentwickelt wird, weil sich immer neue Entwicklungen zeigen: Hartes Durchgreifen gegen Verfassungsfeinde von Rechts und Links, konsequente Verfolgung von extremistischen Straftaten, Aufklärung extremistischer Strukturen mit Hilfe des Verfassungsschutzes, Information und Prävention in den Schulen, zu Hause, in der Politik, in den Medien, über die Landeszentrale für politische Bildung - weiteres wäre zu nennen. Die jüngsten rechts-extremistischen Gewalttaten fordern natürlich ganz selbstverständlich alle demokratischen Kräfte im Besonderen, und das politisch und moralisch.

Der vorliegende Entschließungsantrag, die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen des Thüringer Landtags, macht diese Haltung für den Landtag deutlich und die CDU-Fraktion unterstützt den Inhalt dieses Antrags nachdrücklich in allen seinen Passagen. Er soll Orientierung für unsere Arbeit sein. Vorfälle wie der Anschlag auf die Erfurter Synagoge dürfen sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Es hat jetzt das Wort der Ministerpräsident Herr Dr. Vogel.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, um es auch für die Thüringer Landesregierung ganz deutlich zu sagen: Der Anschlag auf die Erfurter Synagoge ist eine verabscheuungswürdige Tat. Sie ist umso widerwärtiger, weil sie an diesem Tag, weil sie am 20. April geschehen ist, und sie ist widerwärtig, weil sie an einem Ort 20 km von Buchenwald entfernt geschehen ist. Es ist empörend, dass es in einem Land, in dem am 9. November 1938 Synagogen gebrannt haben, nach 62 Jahren wieder irregeleitete Menschen gibt, die mit einem solchen Anschlag auf ein jüdisches Gotteshaus auffallen wollen. Wir verurteilen diese Untat auf das Schärfste.

Bei den Mitgliedern der Landesregierung und bei mir persönlich hat die Tat große Betroffenheit ausgelöst. Unser Mitgefühl und unsere besondere Sorge gelten den Angehörigen der Jüdischen Gemeinde in Thüringen. Unseren jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen sei versichert, wir werden alles daran setzen, um eine Wiederholung einer solchen Tat zu verhindern, und wir werden gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde in Thüringen alles dafür tun, um den Schutz der Gemeinde und des Gotteshauses in Erfurt zu verbessern. Ein absoluter Schutz ist nicht möglich, aber das Menschenmögliche soll geschehen.

Ich möchte aber auch der Thüringer Polizei danken, die den Anschlag auf die Erfurter Synagoge zügig und erfolgreich aufgeklärt hat. Dieser schnelle Fahndungserfolg ist ein Zeichen dafür, dass die Thüringer Sicherheitsorgane gut arbeiten. Und ich bin sicher, die rasche Aufklärung dieser abscheulichen Tat und die zu erwartende Strafe haben eine abschreckende Wirkung auf andere Rechtsextremisten in Deutschland.

Aber natürlich können wir nach diesem Ereignis nicht zur Tagesordnung übergehen. Natürlich müssen die Landesregierung und müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie es zu dieser Tat kommen konnte und was geschehen muss, damit sich solche Taten in Thüringen nicht wiederholen. Natürlich müssen wir wachsam bleiben. "Das Ritual der Betroffenheit allein reicht nicht mehr.", ein Satz von Johannes Rau, dem ich ausdrücklich zustimme. Die Tat steht im krassen Gegensatz zum geistigen Klima in Thüringen. Sie steht im krassen Gegensatz zu allem, worum sich dieses hohe Haus, worum sich die Landesregierung, die Parteien, die Kirchen, viele Institutionen und Verbände, viele Jugendorganisationen, die Hochschulen und Schulen und viele gesellschaftliche Gruppen, das heißt, die ganz große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, seit Jahren intensiv bemühen. 1938 haben die Menschen weggeschaut, als die Synagogen brannten. Die vielen spontanen Solidaritätsbekundungen der Bürgerinnen und Bürger in Erfurt und in ganz Thüringen unmittelbar nach der Tat haben gezeigt, dass sich die Bevölkerung Thüringens eindeutig von extremistischen Gewalttaten distanziert. Gerade weil wir zutiefst bestürzt und betroffen sind, warne ich vor falscher Aufge-

regtheit und vor unbedachten Schnellschüssen. Auch hier bin ich mir mit einer ähnlichen Äußerung des Herrn Bundespräsidenten aus diesen Tagen völlig einig. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein rechtsradikales Klima im Lande herbeigeredet wird - ein Klima, das es in Wahrheit in Thüringen nicht gibt. Das haben die Bürgerinnen und Bürger Thüringens nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Gegen einen solchen Vorwurf nehmen wir sie ausdrücklich in Schutz. Wir dürfen uns als überzeugte Demokraten nicht auseinander dividieren lassen. Die Ablehnung dessen, was passiert ist, geht durch alle demokratischen Gruppen und durch die ganze Gesellschaft in Thüringen. Es gibt keinen Grund und es macht keinen Sinn, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen.

Meine Damen und Herren, Thüringen ist kein Aufmarschgebiet der Rechtsradikalen und wird es auch nicht werden, genauso wenig wie Schleswig-Holstein nach den verbrecherischen Anschlägen auf die Lübecker Synagoge in den Jahren 1994 und 1995 zu einem Tummelplatz der Rechtsextremisten geworden ist. Ich bin dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, ich bin Michel Friedman dankbar dafür, dass er klargestellt hat, man dürfe den Rechtsradikalismus nicht in Ostdeutschland entsorgen. Es war ein ermutigendes Zeichen, dass sich nach den Geschehnissen in Lübeck so viele Menschen in ganz Deutschland empört haben; es darf jetzt nicht heißen, das ist eben Ostdeutschland.

Meine Damen und Herren, wenn rechtsextremistisch motivierte Straftaten in den vergangenen Jahren in Thüringen leider angestiegen sind, dann ist das schlimm und bedauerlich und wir werden das hart bekämpfen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass in Thüringen im Vergleich zu den übrigen jungen Ländern die wenigsten rechtsextremistischen Gewalttaten passieren. Was Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund betrifft, hat Thüringen sogar die absolut und relativ niedrigsten Werte unter allen 16 Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Man darf es doch wohl erfreulich finden, dass die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Straftaten in Thüringen 1999 um fast ein Viertel zurückgegangen ist. Nein - Thüringen ist kein Aufmarschgebiet von Rechtsradikalen. Schauen Sie sich doch in diesem hohen Hause hier um. Anders als in den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg und Baden-Württemberg sind hier keine rechtsradikalen Parteien vertreten. Und bei keiner der vielen Wahlen der letzten Jahre erreichte eine rechtsradikale Partei in Thüringen auch nur annähernd 5 Prozent. Und unter den rund 460 Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgermeister- und Landratswahlen in wenigen Tagen hier in Thüringen befindet sich kein rechtsradikaler Bewerber. Es ist natürlich Besorgnis erregend, wenn eine Studie der Jenaer Universität berichtet, dass über 40 Prozent der Jugendlichen im Freistaat in mehr oder weniger starkem Maße ausländerfeindlich eingestellt seien.

Aber es spricht für den Initiator dieser Studie, dass er seine eigenen Ergebnisse differenziert betrachtet. Ich zitiere den Autor, Herrn Prof. Wolfgang Frindte: "Wir haben es mit einer Besorgnis erregenden Tendenz zu tun, aber zur Panikmache besteht kein Grund. Wir müssen sehr umsichtig mit diesen empirisch-sozialwissenschaftlichen Statistiken umgehen", sagt er, "weil die Gefahr bewusst provozierender, verfälschender Angaben bei den Befragten sehr hoch ist." An anderer Stelle spricht sich Prof. Frindte nochmals für einen umsichtigen Umgang aus, denn sonst entstehe der Eindruck bei den Jugendlichen, es entspräche der sozialen Norm, ausländerfeindlich zu sein. Ich bedauere, dass viele die Studie zitieren und ihren Inhalt nicht lesen, bevor sie sie zitieren. Die Studie untersucht im Übrigen nicht den Rechtsextremismus unter Jugendlichen, sondern sie untersucht Fremdenfeindlichkeit. Nicht jede Fremdenfeindlichkeit ist aber, wie wir wissen, rechtsextremistisch motiviert. Ich wiederhole, solche Umfrageergebnisse sind Besorgnis erregende Zeichen, die wir nicht übersehen dürfen und auf die wir gemeinsam reagieren müssen. Frindte hat in seiner Studie festgestellt, dass die Familie und die bereits in der Schule gelebte Demokratie im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit eine wichtige Rolle spielt. Auch hier müssen wir ansetzen und es ist richtig, was die Thüringer Wissenschaftsministerin gesagt hat: "Werte wie Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und Freiheit müssen in der öffentlichen Debatte einen größeren Stellenwert erhalten." Es ist in der Tat eine besonders wichtige Aufgabe, intensiv mit den Jugendlichen zu sprechen und sie auch außerhalb der Schule mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und anderer totalitärer Systeme und mit den Motiven der Ausländerfeindlichkeit zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass es ein Land in Deutschland gibt, das sich mit dem Erbe des Nationalsozialismus in den letzten zehn Jahren intensiver auseinander gesetzt hat als wir hier in Thüringen. Natürlich wird das nach den jüngsten Geschehnissen erst recht in Zukunft so sein.

Meine Damen und Herren, wir ergreifen nicht erst jetzt Maßnahmen gegen fremdenfeindliche Gewalt und gegen Extremismus. Ich verweise z.B. - es hat vorhin schon einmal eine Rolle gespielt - auf die vorbildliche Arbeit, die in den Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora geleistet wird. Die Leiter dieser Gedenkstätten, Herr Knigge und Frau Klose, leisten mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit Jahren Beispielgebendes und Vorbildliches für andere Länder.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Ich verweise auf die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung auf diesem Gebiet. Seit 1990 leistet diese Institution kontinuierliche Aufklärungsarbeit. Wir kennen die Bedeutung der Schulen für die Erziehung zu demokratischem Bewusstsein und Toleranz. Das Thema "Verbrechen der NS-Diktatur" ist in den Lehrplänen der

Schulen fest verankert und bereits in den Grundschulen wird das Thema Rassismus und Antisemitismus angesprochen. Das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien hat Empfehlungen zur Erziehung zu Gewaltfreiheit, Toleranz und Frieden für die Schulen entwickelt. Hierzu wird eine kontinuierliche Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer betrieben und ich verweise auf die Intensivierung des Rechtskundeunterrichts an den Schulen in jüngster Zeit. Ich verweise auch auf die Arbeit der politischen Stiftungen und auf die Arbeit der deutsch-israelischen und anderer Gesellschaften und darauf, dass führende Politiker aus Thüringen sich an der bundesweiten Initiative "Gegen Vergessen - für Demokratie" aktiv engagieren.

Ich verweise auf Weimar 1999. Das Thema war offensiv in unzähligen Veranstaltungen des Kulturstadtjahres eingebunden und es ist Gegenstand unserer Präsentation anlässlich der EXPO in diesem Jahr. Dann verweise ich auch darauf, dass sich die Thüringer Landesregierung - Herr Köckert hat das vorhin schon erwähnt - seit Anfang an der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe des Kampfes gegen den Extremismus an vorderster Front beteiligt hat.

Meine Damen und Herren, auch in den vergangenen fünf Jahren sind vielfältige Initiativen in Zusammenarbeit der Ministerien ergriffen worden. Der frühere Kollege Dr. Dewes hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage im August 1999 die umfangreichen Maßnahmen der Landesregierung im Einzelnen erläutert. In der großen Koalition gab es in der Frage der Bekämpfung des Rechtsradikalismus niemals einen Dissens. Herr Dr. Dewes hat es im März von diesem Pult aus gesagt: Wir sind eine harte Linie gefahren. Ich füge hinzu: Wir werden diese harte Linie weiterfahren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Wir knüpfen in dieser Legislaturperiode in dieser Sache an dem an, was in den vergangenen Legislaturperioden auf diesem Gebiet geleistet wurde. Bei allem, was bisher getan worden ist, wir müssen wachsam und wehrhaft bleiben und wenn möglich noch mehr tun als bisher. Es gilt nicht zuletzt angesichts der zunehmenden und weltweiten Verbreitung rechtsradikaler Ideen im Internet, auch hier besteht Handlungsbedarf. Der zentrale Ort, meine Damen und Herren, der Auseinandersetzung ist nicht irgendeine zusätzliche Arbeitsgruppe oder dergleichen. Der zentrale Ort der Debatte ist hier, ist der Landtag von Thüringen, deswegen hat die Landesregierung die Absicht, in Zukunft in jedem Jahr vor dem Landtag einen Bericht zu Radikalismus und Extremismus im Freistaat abzugeben. Wir werden dafür auch eigene wissenschaftliche Erhebungen in Auftrag geben.

Meine Damen und Herren, man kann Demonstrationen in Deutschland unter freiem Himmel nicht ohne weiteres verbieten, solange keine Gefahr für Leib und Leben von diesen Demonstrationen ausgeht. Das Grundrecht

auf Versammlungsfreiheit gilt zunächst für jedermann, so bitter das auch ist, es gilt auch für jene, deren politisches Handeln letztlich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist. Aber gerade die Bürgerinnen und Bürger in den jungen Ländern wissen auch, dass die Zeiten, in denen Demonstrationen genehmigt werden mussten oder einfach verboten werden konnten, zum Glück vorbei sind. Der Grat zwischen der Gewährleistung des Demonstrationsrechts und dem vorbeugenden Schutz vor möglichen Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen ist außerordentlich schmal. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist bekannt, und ich bin gerade deswegen dankbar, dass die Thüringer Gerichte - das Verwaltungsgericht in Weimar und letztinstanzlich das Oberverwaltungsgericht - die Verbotserfügung für die zum 1. Mai geplanten NPD-Veranstaltungen in Weimar aufrechterhalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Land will hier die Verantwortung nicht abschieben. Zusammen mit den Gemeinden und Städten müssen wir auch in Zukunft darauf achten, dass alle Ermessensspielräume zur Verhinderung extremistischer Aufmärsche voll ausgeschöpft werden. Wichtig bleibt, dass Landesbehörden, dass Polizei, Staatsanwaltschaft und Kommunalbehörden eng und intensiv zusammenarbeiten, so wie das beispielsweise in Eisenach und in Weimar geschehen ist, und dass sie damit gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern. Wir wissen alle, meine Damen und Herren, weitere Versuche, durch öffentliche Veranstaltungen aktiv zu werden und aufzufallen, werden weder in den nächsten Wochen noch in den nächsten Monaten unterbleiben. Wir tun gut daran, uns darauf bereits heute einzustellen.

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Brief an die Landtagspräsidentin zum heutigen Sitzungstag formuliert - ich zitiere: "Widerstand gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass verlangt den entschiedenen Konsens aller demokratischen Kräfte." Das ist ausdrücklich richtig und das, meine Damen und Herren, ist auch meine Meinung. Wir beziehen gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürgern Position gegen Gewalt von Rechts und von Links, und zwar eindeutig und klar, aber wir sollen uns bitte nicht gegenseitig vorschreiben, wie wir Position gegen Extremismus zu beziehen haben. Es geht heute eben nicht um Faschismus oder Antifaschismus, es geht um Demokraten und um Extremisten. Es geht um Menschen, die für unsere freiheitliche Verfassung eintreten, und es geht um andere, deren Ziel es ist, diese Verfassung zu bekämpfen oder sie zumindest in Frage zu stellen. Wenn sich die Demokraten über die Behandlung des Extremismus in Thüringen zerstreiten, dann freuen sich die Gegner der freiheitlichen Demokratie. Und genau das, meine Damen und Herren, müssen wir verhindern.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Deswegen ist ein Konsens der Demokraten so bedeutend. Um es, wie ich finde, in der treffendsten Weise mit Theodor Heuss zu formulieren: "Unsere Maxime ist: Keine Freiheit den Feinden der Freiheit, denn die Feinde der Freiheit haben Deutschland im vergangenen Jahrhundert wahrlich genug Unglück gebracht." Es bleibt dabei, der Anschlag auf die Erfurter Synagoge ist verabscheuungswürdig, aber er steht nicht für das geistige Klima im Lande. Polizei und Staatsanwaltschaft haben durch ihre rasche Aufklärung gute Arbeit geleistet. Das zeigt, der Freistaat Thüringen ist eben nicht auf dem rechten Auge blind, und es zeigt, er ist voll handlungsfähig. Unsere jüdischen Mitbürger können sich unserer Solidarität sicher sein, und wir wollen alles Menschenmögliche tun, dass sich ein solcher feiger Anschlag nicht wiederholt.

Gestatten Sie mir als Abgeordneter hinzuzufügen: Ich werde dem gemeinsamen Entschließungsantrag zustimmen - nicht, weil ich ihn für den untersten Level halte, sondern weil der Inhalt meine Zustimmung findet, und nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Lieberknecht:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache. Zunächst stelle ich bezüglich des Antrags der SPD fest, dass das geforderte Berichtersuchen gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung erfüllt ist.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der PDS in Drucksache 3/627. Ausschussüberweisung ist nicht verlangt worden, wir kommen unmittelbar zur Abstimmung über diesen Entschließungsantrag. Wer dem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenprobe? Enthaltungen? Damit ist dieser Entschließungsantrag mit einer übergroßen Mehrheit bei 1 Gegenstimme angenommen worden. Ich danke allen Abgeordneten für ihre Mitarbeit und für diese Gemeinsamkeit, die darin zum Ausdruck kommt.

Ich schließe damit die Sitzung. Wir sehen uns wieder am 17. Mai 2000 zur nächsten Plenarsitzung. Danke.

E n d e d e r S i t z u n g : 18.05 Uhr